

Der Kern der Verwaltungsreform.

Eben sind zehn Jahre vergangen seit der Einführung des gleichen Stimmrechtes aller zum Abgeordnetenhaus. Diese Verfassungsreform hätte der Ausgangspunkt fortgesetzter Verfassungsarbeit werden sollen. Aber die herrschenden Klassen Oesterreichs, vor allem die Hof-, Adels- und Beamtenkreise, ließen das Reformwerk sofort im Stiche, als sie merkten, daß es den unteren Volksklassen auch nur einen beachtlichen Einfluß brachte. Das Ministerium Beck wurde abgelöst durch Ministerien ohne Idee und ohne andere Absicht, als das Ansehen des Volksparlaments zu untergraben. Drüber in Ungarn Tisza, in Oesterreich Bienenrth und Stürggh machten die Verkümmernng der Demokratie geradezu zu ihrem staatsmännischen Beruf. Sieben Jahre lang mühten sich alle fortschrittlichen, reformwilligen Kräfte in beiden Staaten vergebens, das Regime absoluter Erstarrung zu durchbrechen. Das Mittel aber, mit dem beide Regierungen ihre Absichten verwirklichten, war die Nationalitätenfrage. Tisza hielt sein Gewaltregime aufrecht durch die Borspiegelung angeblicher Gefahren, die von den Minderheitsnationen drohen, Bienenrth und Stürggh hielten sich dadurch, daß sie alle Nationen fruchtlos und bis zur Verzweiflung aneinander abmühen ließen. Diese Nationalitätenpolitik hat ja im Kriege ihre herrlichen Früchte gezeitigt und die halbe Welt gegen unser Staatswesen mobilisiert. Alle Nationen zahlen diese Politik mit ihrem Blute.

Durch den Krieg ist die endliche Ordnung der nationalen Dinge eine europäische Notwendigkeit geworden. Aber für die arbeitende Klasse Oesterreichs hat diese Notwendigkeit noch ihren besonderen Sinn, den wir an der Alters- und Invalidenversicherung und ihrem Schicksal leicht aufzeigen können. Die Altersversicherung steht seit dem Jahre 1901, seit dem ersten Ministerium Koerber, auf der Tagesordnung des Parlaments und ist seit anderthalb Jahrzehnten spruchreif. Seit dem berühmten Petitionsturm des Jahres 1901 kämpfen das Proletariat und seine parlamentarische Vertretung ohne Unterlaß um diese Reform und wiederholt ist sie dem Abschluß nahe gewesen. In ihrem Schicksal kann die österreichische Arbeiterklasse gleichsam die Regel aller sozialen Reformen ablesen: jedesmal, wenn die Arbeiterklasse den Felsblock eines sozialen Reformwerkes in unendlicher Geduld und Mühsal bergan gewälzt hat und sich nahe dem Ziele sieht, kommt wieder irgend ein nationaler Zwischenfall, irgend ein Parteienstreit aus einem der Kronländer, oft nur ein gehässiges Wort eines nationalen Heißsporns oder eine unüberlegte Aeußerung eines Ministers dazwischen, weckt die nationale Leidenschaft, stört die parlamentarische Arbeit, wirft das Parlament zusammen und wieder rollt der Felsblock zurück zu Tal und das Proletariat steht wieder am Anfang! Regierung und Bourgeoisie haben den Vorteil, den solche Zwischenfälle für sie bringen, durchschaut und der Verdacht ist nicht unbegründet, daß sie solche Zwischenfälle planmäßig herbeizuführen trachten, so oft es notwendig ist, einer demokratischen oder sozialen Reform zu begegnen. Das besagt aber nicht weniger, als daß die Arbeiterklasse politisch und sozial nicht vorwärts kommen kann, solange die nationale Autonomie nicht verwirklicht ist. Verfassungsreform ist deshalb Vorarbeit für Sozialreform, nationale Ordnung die Voraussetzung für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt. Die Bourgeoisie mag sich verhältnismäßig wohl fühlen in einem Zustand, wo die nationalen Fragen offen sind und der von ihr ausgenützte Staat widerstandslos ist. Der Leidtragende ist das Proletariat und das Staatswesen. Die ständige Wunde in unseren öffentlichen Einrichtungen verurteilt Staat und Volk zu dauerndem Siechtum.

Das Proletariat hat demnach gar keine Zeit mehr zu geduldigem Ausharren, bis irgend eine Regierung den Verstand und den Willen zur Reform aufbringt. Es muß selbst nach dem Rechte sehen! Dieser Zwang wird insbesondere nach dem Kriege fühlbar werden und auch die Richtung der Reform bestimmen. Bis zum Kriege mochte sich der Staat auf die Ausübung seiner obrigkeitlichen Rolle beschränken, bloß Richter und Polizei spielen und das

Wirtschaften als Privatsache seiner Bürger behandeln und im übrigen von dessen Erfolg einen Teil seiner Steuer ziehen. Nach dem Kriege wird bloße Wiederherstellung der Volkswirtschaft nicht genügen, denn unsere Volkswirtschaft hat im alten Stande schon die damaligen Staatslasten kaum mehr ertragen. Die Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft wird ungemein gesteigert werden müssen, um die Staatslasten zu tragen. Zur Heilung des Volkes, das so furchtbare Wunden davongetragen hat, wird der Staat es reichlich nähren müssen und kann das nur, wenn unsere Bodenkultur nicht bloß wiederhergestellt, sondern über die normale Friedensleistung entwickelt wird. Geldsummen in heute noch unvorstellbarer Höhe werden ins Ausland zu zahlen sein und können nur beschafft werden, wenn unsere Industrie weit über das Maß des Friedensstandes hinaus entwickelt wird. Außerordentliche wirtschaftliche Erzeugung ist von uns in Zukunft gefordert und diese erwächst uns nicht von selbst, sondern muß durch die Staatsverwaltung, das ist durch staatliche Wirtschaftsfürsorge, herbeigeführt werden. Wie aber soll das der Staat bewirken, solange er nur Polizei- und Justizstaat, nur Obrigkeitsstaat ist?

Immer wieder müssen wir mit dem größten Nachdruck hervorheben: Unsere Verwaltungsorganisation kennt kein Wirtschaftsamt. Wir haben diesen Mangel erst im Kriege wahrgenommen. Freilich besitzen wir in der Zentralstelle drei volkswirtschaftliche Ministerien nebst dem Eisenbahn- und dem Finanzministerium. Geseht, diese Zentralämter wären vorzüglich — was sie nicht sind —, dann besäßen wir wohl den Kopf der Wirtschaftsverwaltung, die arbeitenden Hände aber fehlen ihr! Die schaffende Arbeit des Staates vollzieht sich praktisch dort, wo der Staat und die Bürger, wo Verwaltung und Wirtschaft sich berühren: in der Lokalstelle. Dort aber haben wir kein Wirtschaftsamt, sondern Bezirkshauptleute und Gemeindevorsteher. Das sagt im Grunde alles. Diese beiden Behörden, die wir fälschlich erste Instanz nennen, sind gar nicht auf staatliche Wirtschaftsförderung angelegt. Der Bezirkshauptmann ist bloß juristisch geschult, bloß Kontrollorgan der Rechtmäßigkeit, nicht Organ der Wirtschaftlichkeit, Träger der Staatshoheit, nicht aber der Volkspflege. Er übt die Wirtschaftspolizei, aber er wirtschaftet nicht. Hat er doch nicht einmal ein eigenes Budget und eigene Finanzen zur Seite! Die Gemeinde andererseits, wenige Großstädte ausgenommen, sind völlig hilflose, zersplitterte, in der Ueberszahl ganz zwerghafte Gebilde, die überdies durch das unsinnige ständische Wahlsystem den kurzfristigen Cliques ausgeliefert sind: diese haben kein anderes Interesse, als daß alles beim alten bleibe. Wir erleben es jetzt im staatlichen Ernährungsdienst, daß alle Mühen des planenden Kopfes vergebens sind, wenn ihm die Arme fehlen. Man regt an, man schreibt vor, man verordnet, man will erzwingen — aber all das bleibt auf dem Papier! Unsere Verwaltung kennt keine Lokalstelle, die so organisiert wäre, daß sie, Obrigkeits- und Wirtschaftskörper zugleich, auf dem genügend großen Sprengel aufgebaut, eine eigene Wirtschaft besäße und also Wirtschaft pflegen könnte!

Wir haben keine Wirtschaftsämter und können also die Wirtschaftsaufgaben der Zukunft nicht erfüllen. So wie im Ernährungsdienst alles umsonst ist, so wird sich das Generalkommissariat und werden sich alle staatlichen Zentralämter ganz vergebens bemühen, die Volkswirtschaft weiterzubringen, wenn wir nicht Kreisregierungen besitzen, die unter dem ständigen Antrieb jener, die in erster Linie der Wirtschaftspflege bedürfen, das ist der unteren Volksklassen, jede Anregung vom Zentrum willig aufgreifen, sofort durchführen und, durch das stets rege, nahe Bedürfnis des Ortes getrieben, noch weit mehr selbst schaffen, als ihnen zu schaffen aufgetragen ist.

Wir haben kein Wirtschaftsamt und müssen ein solches haben; dessen Fehlen bedeutet für den Staat Zurückbleiben hinter der Zeit und hinter den Fortschritten der Nachbarn, für die unteren Volksklassen aber Verkümmernng ihrer materiellen Interessen. Wir werden nach dem Kriege entweder Wirtschaftsämter haben oder an ihrer Statt jenen Ersatz, mit dem sich schlecht verwaltete Staaten begnügen — Klosterpforten, wo an ein verlumpetes Volk Betteluppen verteilt werden.

Das ist der Mangel, dessen sich jedermann aufs innigste bewußt werden soll, der von österreichischer